

Einleitung

Als die Band Ton Steine Scherben 1981 erstmals ein parolenfreies Album herausbringt, kann man darauf die Zeile hören: »Politik ist böse«. Das ist (wie viele visionäre Sätze des Albums) weder als ernsthafte Abgrenzung noch als bloße Karikatur von Ängsten zu hören, sondern öffnet einen recht präzise bestimmbareren Assoziationsraum: Politik beinhaltet Machtkämpfe, Konfrontation, Gewalt – und den Starrsinn, der in der Festlegung eines Kollektivs auf intern und extern durchzusetzende Entscheidungen liegt. Falls die letzte Kennzeichnung den Sinn der Liedzeile überstrapaziert, lässt sie sich leicht an anderen Quellen entnehmen; für die Zwecke dieser Arbeit eignet sich besonders Karl Poppers Buchtitel »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde«. Die Gesellschaft verspricht hier etwas, das Politik offenkundig nicht halten könnte, die Koexistenz und Wechselwirkung verschiedener Ziele, Projekte und Regelungen, die keine Machtinstanz koordinieren muss; im besten Fall werden sie durch anonyme Mechanismen wie Markt und Diskussion produktiv. Die Feinde der offenen Gesellschaft sind entsprechend engherzige politische Kräfte und Philosophen, zumal solche, die das ganze Zusammenleben von oben durchgestalten wollen, vielleicht aber auch diejenigen, die den politischen Streit zu weit treiben, etwa bis in die Fragen, wie man Kinder erzieht und wem Arbeitsverträge zugute kommen. In jedem Fall passen die Liedzeile und der Buchtitel gut zusammen. Die erstere ist allerdings einseitig und der letztere, wenn man ihn so weit auslegt wie umrissen, trügerisch. Bekanntlich sehen auch Gewaltabgeneigte, Ordnungsfreunde

und Pluralistinnen Gutes in der Politik, weil sie etwa Gewaltpotenziale aus nichtpolitischen Streitigkeiten herauszieht oder Eigentumsverhältnisse absichert. Selbst auf kollektiv bindende Entscheidungen für Brücken oder Schulen möchten nur wenige verzichten. Weniger bekannt und interessanter ist, dass sich der Feldzug für die offene Gesellschaft hart am Rand eines performativen Selbstwiderspruchs bewegt. Er tendiert dazu, die erreichte gesellschaftliche Vielfalt in zwei Lager zu spalten, das ihrer bekennenden Unterstützer und das ihrer (in einem noch zu klärenden Sinn) politisch zu bekämpfenden Feinde. Wo das geschieht, ist der freie Meinungs austausch bedroht, der die Gesellschaft für Liberale kennzeichnet; wer nicht die richtigen Urteile und Argumente äußert (oder die falschen Philosophen zitiert), wird zur bekämpften Gruppe gerechnet. Und wenn sich ein liberales Gesellschaftsverständnis durch solche Züge von anderen abgrenzt oder unterscheiden lässt, wird fraglich, welche Objektivität es beanspruchen kann. Im Folgenden gehe ich der Vermutung nach, dass die zunächst der begrenzten Politik gegenüber tretende Gesellschaft systematisch durch (vor)politische (Vor)Entscheidungen kontaminiert ist, und frage, ob das nur Böses bedeutet. Im besten Fall könnte die Kontaminierung helfen, bereits aufgegebene Problemzonen wieder als kollektiv gestaltbar zu erkennen.

Vor einiger Zeit sahen nicht wenige Intellektuelle Politik als solche in einer Krise oder sogar am Ende. Die Grundentscheidungen für liberale Demokratie und kapitalistische Wirtschaft schienen alternativlos getroffen zu sein, die Zwänge des Weltmarkts ließen auch konkretem Regierungshandeln kaum Spielraum, ökonomische Ziele und Steuerungsformen dominierten selbst dort das Geschehen, wo Systeme sozialer Sicherung, Bildung, Kultur, europäische oder nationale Identitäten zur Debatte standen. Die Situation, die um die Jahrtausendwende häufig so oder sehr ähnlich beschrieben wurde, hat sich spürbar gewandelt. Gleichgültig, ob man die Verarbeitung der großen Finanzmarkt- und Währungskrisen als politischen Neubeginn oder als fortgesetzte ökonomische Sachzwangsverwaltung begreift: Mit Aufruhr, Aufständen und Revolutionen, Glaubenskämpfen und -kriegen, militärisch ausgetragenen Gebietsstreitigkeiten und dem Ringen zwischen autoritärer Führung und Demokratie sind Elemente klassischer Politik auf die Weltbühne zurückgekehrt. Ein Teil des Unbehagens, das die früheren Diagnosen gespeist hatte, bleibt trotzdem erhalten. Während

viele klassische Spielarten des Politischen tatsächlich zurückkehren, fehlt weitgehend der Horizont, der Politik in der Moderne zukunfts-trächtig gemacht hatte – das Versprechen auf soziale Umgestaltung.¹ So viel oder wenig ist vom Ende der Geschichte nach 1989 offenbar übrig geblieben. Fasst man die Beobachtung nur ein wenig abstrakter, zeigt sich allerdings, dass das Problem Tradition hat. Während die Verhältnisse des Zusammenlebens seit der Aufklärung zunehmend als gestaltbar oder zumindest als auch anders möglich gelten, traut man politischem Handeln immer weniger zu, sie absichtsvoll neu (und besser) einzurichten.² Diesem Problem widmet sich die vorliegende Arbeit.

Seine Wurzeln lassen sich im ersten, auch das Weitere strukturierenden Zugriff gut freilegen: Einerseits wollen die Kräfte, die auf politische Gestaltung aus sind, typischer Weise nicht das Gleiche, sondern handeln gegeneinander – und andererseits erweist sich die soziale Ordnung großenteils als von Handlungsverkettungen bestimmt, die niemand beabsichtigt, geschweige denn unter Kontrolle hat. Häufig ist sogar fraglich, ob sich die relevanten Wechselwirkungen überhaupt durchsichtig machen lassen. Die folgenden Kapitel werden in einer Reihe von Theorie- und Begriffsgeschichten die Konstellationen durchgehen, in die diese Grund-Sätze von Umstrittenheit, Unsteuerbarkeit und Unüberschaubarkeit treten können, um unentdeckte oder unein-gestandene Chancen und Formen politischer Gestaltung auszuloten.

Für das problematische, mutmaßlich unbeherrschbare Ganze von Handlungsverkettungen wird dabei der Begriff der Gesellschaft stehen, der nach der Französischen Revolution eine neue Bedeutung erhält und seither systematische Aussagen über das Zusammenleben fundiert. War dessen umfassende (weltliche) Ordnung zuvor politisch, als Herrschaft, Verfassung oder Gemeinwesen begriffen worden, erscheint sie jetzt als Gesamtheit verschiedener, etwa auch wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich-technisch bestimmter Beziehungen, die kei-

- 1 Alain Touraine bemerkt das schon 2003: »Politics, or what goes by the name, seems in almost all parts of the world to be dissociated from economic, social, and cultural realities. [...] It seems as if nothing were left for political mediation except power politics, and never social and cultural transformation« (Touraine 2003, 308 f).
- 2 Fast genau so hat es Niklas Luhmann gesehen, der im entscheidenden Satz allerdings nicht speziell von Politik spricht: »Alles könnte anders sein – und fast nichts kann ich ändern« (1971, 44). Vgl. dazu Kapitel 3.4.

nen letzten Rahmen und kein Verfügungszentrum mehr kennen. Die theoriegeschichtliche Frage lautet, wie diese Entwicklung in der reflektierten politischen Verständigung verarbeitet wird. Das betrifft nicht zuletzt den Oberbegriff der Politik oder des Politischen selbst. Die übliche Praxis, ihn an die Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht des Staates zu binden, könnte die Reduktion des Politischen auf einen Teilbereich unter anderen befördern; das Bild verschiebt sich jedoch, wenn man ihn stattdessen durch die Konfrontation gegnerischer Kräfte bestimmt. In diesem Fall können Auseinandersetzungen tiefer ansetzen und weiter gehen, als es die offizielle Politik erlaubt; sie betreffen dann etwa auch ›private‹ Geschlechterverhältnisse und die Verteilung ökonomischer Macht. Die Konsequenzen werde ich ausführlicher diskutieren – schon weil die Ausgangspunkte der Theorielinie, Klassenantagonismen bei Marx, Carl Schmitts Unterscheidung von Freund und Feind sowie poststrukturalistische Analysen diskursiver Macht, politisch und konzeptionell kaum unterschiedlicher sein könnten. Ich versuche damit bereits gemachte Entdeckungen in eine geklärte, systematisierte Form zu bringen, um einen gesellschaftsfähigen Begriff von Politik zu erarbeiten. Eigene Einsichten strebe ich an, indem ich komplementär politischen Differenzen im Gebrauch des Gesellschaftsbegriffs nachgehe. Gerade das, was sich kollektiv *nicht* gestalten lässt, wird seit der Ausweitung des Begriffs im 19. Jahrhundert mit politischen Vorzeichen bestimmt – in den bekanntesten Fällen als freier Markt, gewachsene Ordnung oder eben Klassenkonflikt. Sollten sich Differenzen dieser Art fortgesetzt und nicht allein in theoretischen Diskussionen aufweisen lassen, ist die komplexe, pluralistische, dezentrierte, funktional differenzierte oder allseitig ökonomisierte Gesellschaft in keinem Teilbereich und auch nicht im Ganzen je definitiv entpolitisiert. Zumindest ihre Selbstverständigung schwankt dann zwischen den Aggregatzuständen der Zerstretheit und der politischen Polarisierung. Der Einsatz der Arbeit besteht darin, zu zeigen, dass und wie diese Schwankung auch einen praktischen Unterschied macht.

Das Programm gewinnt Kontur, wenn man vorgreifend seine bekannten Anteile betrachtet. Die Problem diagnose ist wie erwähnt nicht neu. Die Zukunft politischer Praxis steht in Frage, seit man überhaupt im modernen Sinn über Gesellschaft spricht – und ebenso wie man daran Hoffnungen knüpft, wird der Gesellschaftsbegriff oft von Advokaten der Politik als Feindbild gestaltet. Sachlich kann man diese Ab-

wertung mindestens bis zu Rousseau zurückverfolgen; ihre vielleicht bekannteste Fassung entwickelt Hegel, als er (zusätzlich Smith und Mandeville folgend) die »bürgerliche Gesellschaft« neu bestimmt. Bildet sie ihm zufolge ein »System allseitiger Abhängigkeit«, kraft dessen die »Subsistenz und das Wohl des Einzelnen [...] in die Subsistenz, das Wohl und Recht aller verflochten [...] ist« (*Grundlinien*, § 183), wird doch nur im Staat die »Vereinigung als solche [...] selbst der wahrhafte Inhalt und Zweck«; allein dort gilt es als die »Bestimmung der Individuen [...], ein allgemeines Leben zu führen« (ebd., § 257). Gesellschaftlich sind wir (nur) voneinander abhängig, (erst) politisch entscheiden wir uns für unser Zusammenleben. Viele weitere Versionen des Gegensatzes werden im zweiten und dritten Kapitel dieser Arbeit zu betrachten sein. Vorerst ist mir nur wichtig, dass die als solche gewollte Vereinigung, von Hegel noch als das umfassende Ganze bestimmt, bald zur Insel im Meer der nichtintendierten Verhältnisse wird. Als Beleg eignet sich eine historisch deutlich spätere Ausführung, die eine weitere Ebene ins Spiel bringt. Die vermutete Krise der Politik wird hier nicht direkt als faktische, ›gesellschaftliche‹ Entwicklung, sondern reflexiv als Effekt semantischer Brüche geschildert; das Zusammenleben ändert sich, weil es neuartig thematisiert wird. »The main trends in political thought, irrespective of national or ideological variations, have worked towards the same end: the erosion of the distinctively political. That which rests upon the shifting basis of belief can, by the same token, be undermined by belief. [...] The basic concept which was pitted against the political was ›society‹. It was a fundamental notion common to such contrasting ideologies as liberalism and conservatism, socialism and reaction, anarchism and managerialism. Today it serves as the focus of the social sciences, [...] and this perhaps justifies designating social science as the legatee of an earlier controversy in which ›society‹ displaced the political« (Wolin 1960/2004, 260). Damit steht nicht allein die moderne Gesellschaft, sondern auch die Wissenschaft von ihr im Verdacht, politisches Denken und Handeln zu unterminieren.

Der Gedanke leuchtet nicht sofort ein; eine Erosion des Politischen scheint mehr zu bedeuten und anderes vorauszusetzen als nur den Wandel von ›Ideologien‹ und Wissenschaften. Doch selbst wenn man Sheldon S. Wolins Erklärungsanspruch stark liest (und nicht auf die von ihm geschriebene Geschichte politischer Theorie eingrenzt), ist

seine Wendung weder unüblich noch unbegründet. Sie findet sich weniger explizit etwa auch in Hannah Arendts Genealogie der Gesellschaft oder davor in Schmitts Skizzen zur Neutralisierung der Politik.³ Begründen lässt sie sich auf zwei Weisen. Zunächst könnte es unter anderem wirklich von einer ›shifting basis of belief‹ oder der je gepflegten Semantik abhängen, inwieweit sich Verhältnisse des Zusammenlebens gestalten lassen. Ein von Gott eingesetzter Herrscher ist weniger verfügbar als eine gewählte Regierung, in die Märkte wird nur sehr spezifisch eingegriffen, wenn der politische Diskurs keine Alternative zum *laissez-faire* kennt. Zu dieser Überlegung kann ein theoriepragmatisches Motiv treten, das sich schon im Kommentar zu Popper angedeutet hat. Wie immer man das Gewicht von Glaubens- oder Redestrukturen einschätzt; eine Theorie, die Politik nur aufgrund vorreflexiver Prozesse in der Krise sieht, nähme sich von vornherein alle Eingriffschancen und würde die Dominanz der ›Gesellschaft‹ performativ bestätigen. Wolin bezieht eine starke Gegenposition: Bereits die Wahl einer politischen oder sozialtheoretischen Semantik ist ein auch anders möglicher, nicht selten polemischer, protopolitischer Akt. Er entscheidet mit darüber, in welchem Horizont kollektives Handeln vorstellbar ist – für eine größere oder kleinere Öffentlichkeit, im Grenzfall nur für den eigenen Beitrag. Wenn das zutrifft, sind auch dort praktisch aufgeladene Entscheidungen zu treffen, wo man theoretische Aussagen über die Struktur des Zusammenlebens machen will. Und bestreitet man es, kann das Urteil selbst wieder als praktische, in diesem Fall antipolitische Stellungnahme eingestuft werden. Wolin berührt also ein Grundproblem der Sozialwissenschaften, ihre bei aller Mühe um Objektivierung offenen Ränder zu möglicher Politik.

Ein größerer Teil meiner Strategie wird darin bestehen, dieses Problem als Chance zu nutzen. Ich arbeite entscheidungsoffene Stellen und Horizonte moderner Gesellschaftsbegriffe heraus, um politisch inspirierten Konzeptionen Raum zu geben, die das Zusammenleben

3 Vgl. für entsprechende Belege aus Arendts *Vita Activa* und Schmitts *Begriff des Politischen* den Beginn von Kapitel 3.2 dieser Arbeit. Dabei ist (neben den bekannten, dramatischen politisch-biografischen Differenzen) hervorzuheben, dass Arendt besonders Theoretiker wie Hobbes, Locke und Marx (im Gegensatz zu Aristoteles), Schmitt besonders die Staatsrechtler seiner Zeit für den diagnostizierten Prozess verantwortlich macht.

als gestaltbar erweisen *wollen*. Ihnen gegenüber verhalte ich mich als eine Art unterstützender Prüfer. Ich mache sie so plausibel wie möglich, versuche sie eigenständig zu ergänzen und zu systematisieren, will aber auch wissen, wo ihre Grenzen liegen. Erst wenn solche Grenzen zur Debatte stehen, kann ja überhaupt etwas erwiesen werden. Aussagen über die Strukturen des Zusammenlebens sind zwar praktisch aufgeladen und manchmal politisch wirksam, aber auch kritisierbar; in wissenschaftlichen Kontexten kann man sie oft sogar widerlegen.

Das muss beim gewählten Thema nicht unbedingt Hoffnungen enttäuschen, weil es weder nötig noch sinnvoll sein dürfte, zu politischer Gestaltbarkeit insgesamt normativ Position zu beziehen. Politik ist zwar vielleicht nicht böse, aber oft gewalttätig, autoritär, zwanghaft, diskriminierend, trügerisch, stumpfsinnig und aufreibend; man sollte sich mehrfach überlegen, ob man ihren Verfall beklagt und ihre Ausweitung anstrebt. Mir scheint beides erst für bestimmte politische Projekte sinnvoll – und deren Begründung ist, wie ich im ersten Kapitel der Arbeit zeigen will, keine philosophisch oder sozialwissenschaftlich lösbare Aufgabe.

Weniger summarisch sind die epistemologischen Probleme zu klären, die aus der Spannung von Parteilichkeit und Kritisierbarkeit entstehen. Politisierende Re- und Dekonstruktionen von Gesellschaftstheorie sind in den letzten Jahren in Mode gekommen (vgl. zuletzt Marchart 2013), und sie haben wie angesprochen einiges für sich. Ich übernehme von Denkern wie Schmitt, Arendt und Wolin, in neuerer Zeit etwa William Connolly, Derrida, Laclau, Mouffe, Lefort, Lyotard, Rancière und Žižek einen prinzipiellen Vorbehalt gegenüber der praktischen wie wissenschaftlichen Annahme unverfügbarer sozialer Verhältnisse: Es ist immer möglich, dass sie jeweils selbst politisch motiviert, erschütterbar und verschiebbar ist. Die wechselvolle Beziehung von Wirtschaft und Politik bildet einen klassischen Fall, doch auch die Strukturen von Sexualität, Wissenschaft, Religion, Sprache und Kunst sind wiederholt als politisch und politisierbar erkannt worden, im Zeitalter der Gesellschaft mehr als je zuvor. Die genannten Autoren bleiben jedoch nicht beim Vorbehalt stehen; sie hegen einen anti-sozialtheoretischen Affekt, der ihnen weithin diskutierbare Aussagen über Mechanismen des Zusammenlebens erspart und sie oft systematisch blockiert. Im frustrierendsten Fall stößt die Analyse beliebiger Gesellschaftstheorien durchgängig auf »Konflikt« und »Kontingenz«

(Marchart 2013, 8) im Objektbereich und in den Theorien selbst, sagt aber sonst nichts dazu, wie etwa Eigentum, Märkte und Ausbeutung, Disziplin, Überwachung, Arbeit und Ausbildung, Liebe, Familien, medizinische Autorität und Bevölkerungspolitik, Machtnetze und kulturelle Abgrenzung funktionieren und miteinander zusammenhängen. Das ist für sich genommen eher eine traurige theoriepolitische Entwicklung als ein theoretisches Problem; eine größere Fraktion Intellektueller nimmt sich selbst die Möglichkeit, zu konkret begriffenen Problemen Stellung zu nehmen. Je weiter man sich jedoch vergleichend auf Grundbestimmungen von Gesellschaft einlässt, desto schwerer wird es in der Tat, neben dem politisch-strategischen Einsatzwert von Begriffen und Theorien auch ihre Sachhaltigkeit im Blick zu behalten oder sogar ihre Wahrheit zu prüfen. Man hat schon viel erreicht, wenn man hermeneutisch nachvollzieht, was sie erschließen, vergleichend ihre blinden Flecken herausstellt und politisch-kontextuell aufklärt, für wessen Erfahrungen, Ansichten und Interessen sie arbeiten. Zugleich ihren Wahrheitsgehalt zu diskutieren, ist nicht unmöglich, würde aber wohl in einer Supertheorie alten Stils münden und in jedem Fall den Horizont einer einzelnen Untersuchung sprengen. Damit liegt eine pragmatische Lösung für die epistemologische Schwierigkeit nahe: Da kein Anlass und vermutlich auch keine Chance besteht, allgemein anzugeben, was in den Grundkategorien von Gesellschaftstheorie entscheidend politisch bedingt und was sachlich entscheidbar ist, hängt es vom Erkenntnisziel ab, welchen Aspekt man vorrangig diskutiert. In der vorliegenden Untersuchung werden Wahrheitsfragen nur für die Theorie politischer Handlungschancen systematisch diskutiert, bezogen auf andere soziale Zusammenhänge dagegen weitgehend offen gelassen. Trotzdem sollte hier mehr zum Vorschein kommen als eine prinzipielle Umstrittenheit oder »pure contingence de tout ordre social« (Rancière 1995, 36), da eben auch nicht ausgeschlossen wird, dass sich Verhältnisse wissenschaftlich stichhaltig als in bestimmter Weise unverfügbar erweisen lassen. Das erlaubt es, die Thesen und Themen liberaler, konservativer, sozialistischer oder neuer linkslibertärer Theorien ernst zu nehmen und fallweise genauer über Religion, Arbeitsverhältnisse, Märkte oder Geschlechternormen zu sprechen.

Die beibehaltene Ausrichtung auf politische Handlungschancen hat einen schon angedeuteten Grund, auf den sich verschiedene Richtungen einlassen können: Es wäre gut, ein Gesellschaftsverständnis zu

haben, das Anliegen grundlegender sozialer Veränderung (z. B. hin zu weniger Arbeit und Ressourcenverbrauch, geringerer Macht- und Reichtumskonzentration, anderen Eigentumsverhältnissen ...) nicht von vornherein als unmöglich oder unrealistisch erscheinen lässt (oder sie notfalls in diesem Licht zu korrigieren erlaubt). Auch wird es vorteilhaft sein zu sehen, wo politische Gegner Unheilvolles wollen und wo sie Unerreichbares anstreben. Ich will für beide Zwecke auf abstraktester Ebene – sozusagen noch vor der Frage, was (unsere) Gesellschaft ausmacht, strukturiert und bewegt – Argumente ausarbeiten. Die Ansatzpunkte suche ich, indem ich mich zunächst mit Texten und Prozessen auseinandersetze, in denen historisch das gesellschaftliche Jenseits politischer Verfügungsmacht erschlossen wurde, und mich dann solchen zuwende, in denen man diese Macht zurückzugewinnen versucht.

Damit sind die Themen der beiden zentralen Untersuchungsteile, meines zweiten und dritten Kapitels benannt. Konkret reagieren sie auf ein Forschungsdefizit und eine unterbrochene Theorietradition. Zum einen liegt bis heute keine begriffsgeschichtliche Studie vor, die überzeugend oder auch nur hinreichend belegt die Herausbildung bzw. Neuerfindung des Gesellschaftsbegriffs seit dem späten 18. Jahrhundert rekonstruiert. Ich arbeite in diesem Feld nach und konzentriere mich dabei auf die neuen politischen Richtungen des 19. Jahrhunderts, in deren Kontext der Gesellschaftsbegriff seine Prägung erhält: Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus, mit einem Ausblick auf Sozialstatistik und staatliche Bevölkerungspolitik. Diese Richtungen sind nicht nur deutlich besser erforscht als der Gesellschaftsbegriff, sie erlauben offenkundig auch meine Hauptthese zu konkretisieren. Wenn es zutrifft, dass ein moderner Begriff der Gesellschaft erst in *politischen* Kontexten Gestalt annimmt, und wenn dabei zugleich die zentrale Frage lautet, welche Prozesse sich politischer Regelung *entziehen*, muss es eine Politik des nicht Gestaltbaren geben. Im stärksten Fall könnte sie sogar das lange stabile Spektrum von Konservatismus bis Sozialismus selbst strukturieren. Nähere Auskünfte über die Chancen einer Politik der Gesellschaft suche ich dann in einem geschichtlich und systematisch exzentrischen Theoriekorpus. Während die Entdeckung der Gesellschaft mit der Bildung von National- und Zentralstaaten einhergeht, die beispiellos auf Lebensverhältnisse durchgreifen können, setzen die politischen Theorien, die ihr innovativ antworten, diesseits der staatlichen Institutionen an: Für so verschiedene Intellektuelle wie Antonio

Gramsci, Carl Schmitt, John Dewey und Hannah Arendt können allein Verbindungen und Dissoziationen,⁴ die auf keinen Ort im Zusammenleben festgelegt sind, die gesellschaftliche Arbeitsteilung angreifen. Ihre Ansätze scheinen mir grundlegend für die angesprochene aktuelle Debatte (in der, wie zu zeigen ist, nur Konzeptionen von Mikropolitik und Symbolpolitik hinzukommen), und sie leiden nicht durchgängig an anti-sozialtheoretischen Affekten. Während Schmitt und Arendt tatsächlich Gesellschaft als solche angreifen, reichern Dewey und Gramsci das bloß politische Denken marxistisch und wohlfahrtsökonomisch an; stellenweise lassen sich beide Seiten zudem über Walter Benjamin in Beziehung setzen.

Um die modernen, verflüssigten Theorien des Politischen mit der Politik der Gesellschaft zu verbinden, ist allerdings weitere Arbeit erforderlich. Ich versuche sie exemplarisch im letzten Kapitel des Buchs zu leisten, das den Institutionen demokratischer Repräsentation eine nicht regelbare ›Repräsentation der Gesellschaft‹ entgegenstellt. Gemeint sind damit Prozesse, in denen sich gesellschaftliche Konflikte um Arbeit, Geschlecht, kulturelle Trennungen, Umwelt usw. sozusagen selbst ihre Stellvertretung und Darstellung verschaffen – etwa in der Arbeiter- und Frauenbewegung, solange man sagen kann, dass sie sich und etwas bewegen. In solchen Prozessen wird weiterhin die symbolische Ordnung der Gesellschaft herausgefordert, und sie werden wie die neuen politischen Richtungen des 19. Jahrhunderts erst möglich, indem sie alternative Verständnisse des politisch nicht Steuerbaren ins Spiel bringen.

Vorausgeschickt wird der gesamten Argumentation die Frage, was die umrissene Problematik für die Möglichkeiten meta-sozialwissenschaftlicher Theoriebildung bedeutet. In der politischen Philosophie verlangt sie mindestens eine grundsätzliche Korrektur; die Kernthesen meiner Arbeit stehen quer zur seit fast 50 Jahren vorherrschenden normativen Orientierung der Teildisziplin. Wenn vorrangig unauflösbare Konflikte und unverfügbare Handlungsgefüge bestimmen, wie wir mit

4 Für die hilfreiche Unterscheidung ›assoziativer‹ und ›dissoziativer‹ Theorien des Politischen vgl. Marchart 2010, der Arendt und Schmitt als Prototypen auftreten lässt. Problematisch ist allenfalls, dass das Begriffspaar Assoziation-Dissoziation selbst Schmitt (1932, 38) entlehnt ist, wodurch Arendt rhetorisch schwächer dasteht.



<http://www.springer.com/978-3-658-08378-6>

Das zerstreute Gemeinwesen
Politische Semantik im Zeitalter der Gesellschaft
Reitz, T.
2016, VI, 417 S., Softcover
ISBN: 978-3-658-08378-6